

Dutzende neue Stellen gegen wachsende gesellschaftliche Probleme

Behörden am Limit Staatsanwaltschaft, Gerichte, Schulen oder im Sozialbereich: Der Kanton Basel-Stadt erhöht die personellen Ressourcen, um gesellschaftliche Veränderungen aufzufangen.

Alexander Müller

Es sind manchmal Kleinigkeiten, die grosse Auswirkungen haben. So wie der Fall zweier Streitähne aus Binningen, die es nicht geschafft haben, eine banale Meinungsverschiedenheit über einen Parkplatz in einem klärenden Gespräch aus der Welt zu schaffen. Stattdessen beschäftigte der Disput über Jahre die Behörden – mehrere Instanzen der Justiz waren involviert, wie die BaZ berichtete.

Solche Fällen häufen sich – und kosten viel Geld. Die Basler Finanzkommission weiss das nur zu gut. Sie hat das Budget des Kantons geprüft und immer wieder feststellen müssen, wie sich gesellschaftliche Veränderungen am Ende auf die Steuerzahlenden auswirken.

Wo Menschen ihre Probleme nicht mehr einvernehmlich lösen können, kommt die Justiz ins Spiel: Die Basler Staatsanwaltschaft spürt diese Entwicklung bereits seit vielen Jahren. Die steigende Zahl von Anzeigen und Delikten führt zu einem riesigen Berg unerledigter Pendenzen. Und obwohl die Strafverfolgungs-

behörde erst 2023 um einige Stellen aufstocken durfte, ist der Pendenzenberg weiter angewachsen. Im nächsten Jahr wollte die Regierung um 4,5 Stellen aufstocken, davon eine im Stab.

Die Staatsanwaltschaft selbst habe 20,6 Stellen beantragt, habe aber eigentlich sogar 50 zusätzliche Stellen für notwendig erachtet, hielt Joël Thüring (SVP), Präsident der Finanzkommission, gestern fest. Daher habe die Kommission ihren Spielraum genutzt und den Antrag aufgestockt. Sie beantragt nun sechs zusätzliche Stellen im Erwachsenenbereich und fünf anstatt nur zwei neue Stellen bei der Jugendanwaltschaft.

30 Prozent mehr Notrufe innerhalb von fünf Jahren

Wenn Staatsanwälte mehr Arbeit haben, hat dies unweigerlich auch Folgen für die Gerichte. Auch diese erhalten 2025 fast elf Vollzeitstellen dazu, davon vier für die Verfahrensleitung und zwei im Konkursamt.

Ins Gewicht fällt beim Justiz- und Sicherheitsdepartement auch die massiv gestiegene Anzahl der Notrufe für Sanität und

Beim Kinder- und Jugenddienst ist die Situation laut der Finanzkommission «untragbar» und «alarmierend».

Feuerwehr. Von 2018 bis 2023 wurde ein Plus von 30 Prozent registriert. 2025 sind daher in einem ersten Schritt 6,5 zusätzliche Stellen in der Einsatzzentrale vorgesehen. Insgesamt werden 12,9 Stellen mehr benötigt.

Viele gesellschaftliche Probleme beschäftigen den Kanton aber auch andernorts zunehmend. Gar «untragbar» und «alarmierend» sei die Situation beim Kinder- und Jugenddienst (KJD), hält die Finanzkommission fest. Immer mehr Jugendliche mit psychischen und psychosozialen Schwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten bescheren den Behörden zusätzliche Arbeit. Beim KJD sei aufgrund der steigenden Fallzahlen zeitweise sogar die «Mindestqualität im Kinderschutz nicht gewährleistet» gewesen. Zusätzliche personelle Ressourcen sollen diese Mindestqualität wieder herstellen.

Obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler nur leicht zugenommen hat, wie die Finanzkommission festhält, wird die Zahl der Vollzeitstellen im Erziehungsdepartement um rund 100 wachsen. Davon entfallen allein

18 Stellen auf den Bereich der verstärkten Massnahmen in der Schule, weitere knapp 23 werden wegen der integrativen Schule benötigt.

Keine Entspannung nach Corona-Pandemie

Die Arbeit geht auch bei der Kesh und dem Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (Abes) nicht aus. Nach der Corona-Pandemie gingen die Behörden von einer Entspannung aus – stattdessen seien die Fallzahlen weiter gestiegen, konstatiert die Finanzkommission. Ein Hauptproblem ist, dass die Fälle immer komplexer werden.

Es würden zunehmend mehr Hilfeleistungen vom Staat in Anspruch genommen. Die Rede ist von «Geltendmachung von Sozialversicherungsansprüchen, Klärung der Wohnsituationen oder Kostengutsprachen». Erschwerend kommen häufiger auch psychische Erkrankungen oder zunehmend Suchtprobleme hinzu. Daher wird im Jahr 2025 die Zahl der Stellen bei der Kesh um drei Vollzeitstellen aufgestockt und jene beim Abes um rund fünf.